

A N T R A G

der SPD-Landtagsfraktion

betr.: Arbeitsplatzabbau im Saarland – der Erosion von Arbeitsplätzen einen Riegel vorschieben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Arbeitsplatzsituation im Saarland ist alles andere als zufriedenstellend. Mehr als 50.000 Männer und Frauen sind arbeitslos gemeldet. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist weiter rückläufig, die Jugendarbeitslosigkeit ist angestiegen, die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse sucht bundesweit ihresgleichen. All diese Fakten widersprechen dem andauernden, regierungsamtlichen Versuch, die dramatische Situation in der Öffentlichkeit zu relativieren. Hinzu kommt, dass selbst die Arbeitsmarktstatistik das Problem der Arbeitslosigkeit nur unzureichend widerspiegelt.

Ausbildungsplatzsituation

Dass am sogenannten „Tag der Ausbildung“ weitere Lehrstellen geworben werden konnten, ist sicherlich für die einzelnen Betroffenen als positiv zu erachten. Allerdings ist dies – insbesondere in Anbetracht der alarmierend hohen Jugendarbeitslosigkeit im Saarland – noch lange nicht ausreichend. Der saarländische Ausbildungspakt hat damit einmal mehr unter Beweis gestellt, dass er das immer größer werdende, strukturelle Problem der sich weiter öffnenden Schere zwischen wachsender Nachfrage und sinkendem Ausbildungsplatzangebot nicht beseitigen kann.

Auch der aktuelle Jahresbericht der Arbeitskammer des Saarlandes bestätigt diese Einschätzung. In der entsprechenden Pressemitteilung zum Thema Ausbildung heißt es unter anderem: „Die Zahl der Jugendlichen, die im Ausbildungsjahr 2005 [...] ohne den von ihnen erhofften Ausbildungsplatz geblieben sind, schätzt die Arbeitskammer auf bis zu 3.000. [...]“ (Pressemitteilung der Arbeitskammer vom Nr. 17-2006 vom 27. Juni 2006). Weiter wird darauf hingewiesen, dass zahllose Jugendliche sogenannte „unfreiwillige Ausbildungsalternativen“ annehmen würden. Damit werde wohl die Statistik bereinigt, das eigentliche Problem jedoch nicht gelöst.

Ausgegeben: 06.07.2006

Wenn 11 % der arbeitslosen Saarländerinnen und Saarländer jünger als 25 Jahre alt sind, darf sich unsere Gesellschaft damit nicht zufrieden geben. Die Unternehmen klagen schon heute über den zukünftigen Fachkräftemangel und stellen trotzdem nicht ausreichend junge Leute ein.

Auf Grund dieser permanent sinkenden Ausbildungsbereitschaft fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- das zwanghafte Festhalten am saarländischen Ausbildungspakt zugunsten einer aktivierenden Ausbildungspolitik aufzugeben;
- die Unternehmen an ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern und dementsprechend
- eine Bundesratsinitiative zur Schaffung einer Ausbildungsplatzumlage in Angriff zu nehmen, um auf diese Weise Druck auf die Wirtschaft auszuüben.

Niedriglohnsektor – der Bereich prekärer Arbeitsverhältnisse

Der Niedriglohnbereich hat durch Deregulierung, betriebliche Flexibilisierungsstrategien und politische Eingriffe zugenommen. Die damit in Zusammenhang stehende Problematik ist insbesondere im Saarland evident. 16 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer befinden sich in unserem Bundesland in einem Arbeitsverhältnis, das geringer entlohnt wird als in der von der OECD als „Niedriglohn“ deklarierten Definition. Dabei ist zudem auffallend und gleichsam bedenklich, dass die Zahl der Menschen in diesem Arbeitsmarktsegment mehr und mehr wächst.

Die saarländische Landesregierung ist an dieser Stelle aufgefordert, diesen Vorgängen einen Riegel vorzuschieben. Es ist schlicht nicht tragbar und volkswirtschaftlich unsinnig, dass Menschen für gute Arbeit schlecht bezahlt werden. Daher fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- anzuerkennen, dass ein weiterer Ausbau des Niedriglohnbereiches die Arbeitsmarktproblematik nicht löst;
- den Entwicklungen in diesem Bereich entgegenzusteuern, denn Menschen, die wenig verdienen, haben auch nicht die Möglichkeit, Investitionen zu tätigen und damit die Binnennachfrage zu stärken und schließlich zum Wachstum der Wirtschaft beizutragen;
- die Förderung der Wirtschaft konsequent an dem Ziel der Schaffung tariflichvertraglich abgesicherter Arbeitsplätze auszurichten.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Befanden sich im September 1999 noch mehr als 358.000 Menschen in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis, waren dies im September 2005 lediglich noch rund 344.000. Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz/Saarland zufolge sind dies aktuell (April 2006) nur noch knapp 338.000. Das bedeutet, dass binnen sieben Jahren rund 20.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Saarland verloren gegangen sind. Auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den ersten Monaten des laufenden Jahres ist nicht auf die wirtschaftspolitischen Aktivitäten der Landesregierung zurückzuführen, sondern in erster Linie auf den Ausbau der arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitsagenturen.

Aus diesen Gründen fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- die reale Situation auf dem saarländischen Arbeitsmarkt einzugestehen und die Bevölkerung darauf einzustellen, dass ihr Ziel der Schaffung von 60.000 „neuen“ Arbeitsplätze in zehn Jahren und damit Vollbeschäftigung im Saarland herzustellen, nicht erreicht werden kann;
- anzuerkennen, dass Billigjobs (wie z.B. Mini-Jobs) extreme Verdrängungseffekte mit sich bringen und folglich eine große Gefahr für reguläre Arbeitsverhältnisse darstellen;
- zu akzeptieren, dass es die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist, die Menschen tatsächlich die Möglichkeit zu einem Leben in Eigenverantwortung eröffnet;
- eine aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik zu betreiben und damit der Erosion der Normalarbeitsverhältnisse entgegenzuwirken.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.